

Interview im **WDR-5-Morgenecho** mit  
**Hubertus Heil**  
SPD-Generalsekretär und stellvertretender  
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

WÖRTLICHE WIEDERGABE:

**Moderatorin (Judith Schulte-Loh):**

Seit der Entscheidung von General Motors, Opel behalten zu wollen, sind deutsche Politiker vor allem eins: empört. Roland Koch, der Ministerpräsident von Hessen, ist sehr betroffen und verärgert, Kurt Beck von Rheinland-Pfalz spricht von einer Zumutung und für Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, zeigt sich in der Entscheidung GMs das hässliche Gesicht des Turbokapitalismus. Jetzt sind offenbar auch alle Politiker in der Realität angekommen. Sie haben hoch gepokert, ausschließlich auf Magma gesetzt – und verloren. Am Telefon begrüße ich Hubertus Heil, Generalsekretär der SPD, stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion, zuständig für Wirtschaft und Arbeit. – Schönen guten Morgen, Herr Heil!

**Heil:**

Guten Morgen, Frau Schulte-Loh!

**Moderatorin:**

Herr Heil, sind auch Sie nur über die Entscheidung von GM empört oder geben Sie der Selbstkritik eine Chance?

**Heil:**

Nein, ich bin auf jeden Fall empört. Das ist eine ziemliche Unverschämtheit wie vor allen Dingen auch mit den Mitarbeitern da umgegangen wird. Man muss ja an Folgendes erinnern und da darf uns das Gedächtnis nicht trügen: Im Frühjahr gab's eine Situation, dass es für Opel keine Hoffnung mehr gab. Es drohte, dass Opel in den Insolvenzstrudel von GM geraten wäre. Damals ist ein Weg aufgemacht worden durch das Engagement von Politik, von Bund und Ländern und auch der Gewerkschaften. Es gab dann mehrere Bieter. Diese Konzepte sind geprüft worden und es ist dann ein Konzept präferiert worden nach sorgfältiger Prüfung, nämlich das von Magna, das eine Marktbetrachtung hatte.

**Moderatorin:**

War das vielleicht ein Fehler, sich so früh auf Magna zu fixieren?

**Heil:**

Nein. Ich glaube, dass es richtig war erst mal dafür zu sorgen, dass es überhaupt einen Weg, eine Brücke gegeben hat. Deshalb kann ich die klammheimliche Freude einiger in der FDP und der CDU nicht verstehen. Es war offensichtlich so, dass GM jetzt drei Dinge genutzt hat als Vorwand, um diesen Weg scheitern zu lassen,

nämlich zum einen das Verhalten der Wettbewerbskommissarin der EU, von Frau Kroes, die tatsächlich Vorwand geliefert hat. Das sagen Experten in Brüssel auch.

**Moderatorin:**

Andere sagen, sie hat kritisiert.

**Heil:**

Sie hat kritisiert auf eine Art und Weise, die tatsächlich ein Weg, der eine Chance geboten hätte, kaputt gemacht hat. Aber es gilt auch festzustellen, dass General Motors den Regierungswechsel zu Schwarz-Gelb und auch die Positionen der FDP natürlich zupasse gekommen ist. Das hat Stoff geboten, einen Weg abzurechnen.

**Moderatorin:**

Herr Heil, aber da hätte sich doch jetzt nichts dran geändert. Der Regierungswechsel wird doch wohl kaum die Entscheidung von GM in diesem Falle beeinflusst haben.

**Heil:**

Die Stimmen aus Deutschland sind wahrgenommen worden. Und die Tatsache, dass das Ganze nach der Bundestagswahl verschleppt wurde, spricht ja auch Bände. Ich kann nur sagen, der Europa-Chef von Opel, Herr Forster, weist auch darauf hin: Die Entscheidung in Amerika ist nicht gut. Das wäre ein tragfähiger Weg gewesen. Wir müssen jetzt sehen, wie es nach vorne geht an dieser Stelle, nachdem dieser Weg mutwillig kaputtgemacht wurde.

**Moderatorin:**

Die Frage ist, ob staatliche Rettungsaktionen überhaupt noch Sinn machen. Wenn wir uns angucken, staatliche Rettungsaktionen werden ja häufig zum Fehlschlag, wir erinnern uns an den Holzmann-Konzern, das Beispiel Quelle jetzt auch. Und nun Opel. Trotzdem wird Politik - -

**Heil:**

Frau Schulte-Loh, das stimmt ja nicht.

**Moderatorin:**

Nein, Quelle hat noch mal viel Geld zugeschustert bekommen von Herrn Seehofer und steht danach jetzt da, und viele Leute verlieren ihren Job trotzdem. Das sind staatliche Rettungsaktionen, hinter die man doch ein Fragezeichen setzen sollte. Oder?

**Heil:**

Also wenn man das ganz grundsätzlich sagen kann, dann frage ich mich mal, ob wir den Blick nach Amerika dann doch noch mal werfen. In den Vereinigten Staaten von Amerika ist GM gerade mit viel Steuergeld gerettet worden von der Regierung Obama, während wir uns in Deutschland bei solchen Grundsatzdebatten verhasen. Tatsache ist, der Staat kann nicht jedes Unternehmen retten. Das ist gar keine Frage. Aber wenn es einen Weg gibt für ein tragfähiges Konzept, für ein zukunftsfähiges Konzept, dann ist es in der Marktwirtschaft auch erlaubt, dass

Brücken gebaut werden zumal in der schwierigsten Wirtschafts- und Finanzkrise. Und da darf man nicht jedes Thema in einen Topf werfen. Und ich glaube, dass man nicht diejenigen kritisieren darf, die sich ernsthaft bemühen, einen Weg zu finden.

**Moderatorin:**

Vielleicht war aber der Weg falsch. Und diese Kritik, Herr Heil, daran ist doch durchaus berechtigt, die jetzt ja nicht nur von mir kommt, sondern auch von anderen, auch von Autoexperten, von Wissenschaftlern. Damals war auch schon die Entscheidung, dass die große Koalition sich nicht mehrere Optionen offen gelassen hat, durchaus in der Diskussion.

**Heil:**

Nein, Frau Schulte-Loh. Es gab ja durchaus mehrere Konzepte, und im Frühjahr hieß es erst mal, es gibt gar keine Chance mehr, es müsse in die Insolvenz gehen. Die Folgen wären übrigens dramatisch gewesen für die gesamte Wirtschaft in Deutschland, weil die gesamten Pensionslasten – vier Milliarden Euro – von Opel auf die anderen Unternehmen in Deutschland, in die betriebliche Altersversorgung gegangen wären, einfach sozusagen auf einer Grundsatzposition die Deindustrialisierung ganzer Standorte zuzulassen, die Zulieferindustrie betroffen zu lassen, das ist keine verantwortliche Position. Deshalb war es verantwortlich, einen Weg zu suchen. Es gab mehrere Bieterkonzepte. Die sind geprüft worden. Und man hat dann eins präferiert, das eine Marktbetrachtung hat. Und wir haben jetzt eine Situation, dass vollkommen ungeklärt wird, was aus den Standorten, den Arbeitsplätzen und damit den Familien in Deutschland wird. Finden Sie das eine bessere Situation?

**Moderatorin:**

Nee, ich finde, so oder so ist die Situation schlecht. Es gab aber auch Stimmen, die gesagt haben, eine geordnete Insolvenz schon zu einem früheren Zeitpunkt muss ja nicht unbedingt bedeuten, dass alle Menschen auch bei Opel ihren Arbeitsplatz verlieren. Gucken wir auf das, was jetzt passiert. Schon jetzt ist klar, GM will von der Bundesregierung einen Kredit von drei Milliarden Euro, um Opel zu modernisieren. Auch wenn Sie nicht mehr in der politischen Verantwortung stecken, denken Sie, dieser Kredit sollte gezahlt werden?

**Heil:**

Natürlich stehen wir in der politischen Verantwortung auch als Opposition, aber natürlich auch dadurch, dass wir mit Kurt Beck einen Ministerpräsidenten haben eines Standortlandes, dass wir in Thüringen einen Wirtschaftsminister stellen. Ich bin der festen Überzeugung, man muss jetzt in Verhandlungen eintreten. Und es ist wichtig, dass GM erst mal ein Konzept auf den Tisch legt, bevor die nach Geld rufen. Und dieses Konzept ist uns bisher nicht bekannt. Ich sage, Herr Brüderle ist jetzt gefragt. Der war bisher Opposition und hat wohlfeil aus der Ecke kritisiert. Er ist jetzt in der Verantwortung. Und da reicht nicht Dampfplauderei aus, da muss er tatsächlich jetzt in harte Verhandlungen eintreten.

**Moderatorin:**

Wie weiter mit Opel? Zu dieser Frage war das Hubertus Heil, der Generalsekretär der SPD. – Danke schön!